Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

12.3.1931 (No. 60)

Visual Library

Nr. 60 Donnerstag, den 12. März 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Aufnahme in die badischen Aufbauschulen

Um die Möglichkeit zu schaffen, gut begabte Kinder vom Lande oder aus sozial schwächeren Schichten in höhere Berufe hinüberzuführen, wurden im Laufe der letzten Jahre in Baden vier Aufbauschulen mit Internat errichtet, und zwar in Ettlingen, Lahr, Tauberbischofsheim und Villingen.

In den Aufbauoberrealschulen Lahr und Tauberbischofsheim wird der Unterricht nach dem Lehrplan der Oberrealschulen, in den Aufbaurealprogymnasien Ettlingen und Villingen nach dem Lehrplan der Realgymnasien erteilt.

Bedingung für die Zulassung zur Aufnahmeprüfung ist der Nachweis des erfolgreichen Besuchs des 6. Schuljahres der Volksschule. Gesuche um Aufnahme in die genannten Anstalten müssen, um eine rechtzeitige Platzbeschaffung im Internat durchführen zu können, spätestens bis 31. März 1931 bei den Direktionen der Anstalten eingereicht werden.

Ausschlußfrist für den Antrag auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch

Die Gläubiger solcher Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten, die nach dem Aufwertungsgesetz aufgewertet sind, für welche die Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch aber noch nicht beantragt ist (z. B. von noch eingetragenen Papiermarkrechten; gelöschten, infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgewerteten Rechten; abgetretenen, für den früheren Gläubiger aufgewerteten Rechten), haben den Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts spätestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgewertete Recht am Grundstück; soweit es noch im Grundbuch eingetragen ist, wird es von Amts wegen gelöscht.

Nähere Auskunft erteilen die Grundbuchämter.

Heute wieder Reichstag

Die Etatsrede Stegerwalds

SDZ. Berlin, 12. März. (Tel.) Nach mehrtägiger Pause tritt der Reichstag heute wieder zusammen, um die Zweite Lesung des Etats fortzusetzen. Es steht heute der Etat des Reichsarbeitsministeriums zur Beratung. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald beabsichtigt, gleich nach dem Berichterstatter das Wort zu nehmen und die Aussprache über seinen Etat einzuleiten. Der Minister wird im wesentlichen seine Ausführungen aus dem Ausschuß wiederholen, wobei er allerdings die in den letzten Tagen mit den Sozialdemokraten geführten Verhandlungen berücksichtigen und insbesondere in den Fragen des Lohnabbaues und des Tarifrechts neue Formulierungen vertreten wird.

Die Vormittagsstunden benutzen viele Ausschüsse, um den ihnen überwiesenen Arbeitsstoff auszuarbeiten. In der nächsten Woche sollen die Plenarsitzungen schon vormittags beginnen, so daß dann für Ausschußverhandlungen kein Raum mehr ist. Eine Ausnahme wird nur noch für die Osthilfe und die Zollvorlage gemacht werden, die mit dem Etat noch bis Ende März erledigt werden sollen. Neben dem Haushaltsausschuß tagten am heutigen Donnerstag der Handelspolitische Ausschuß, der sich mit dem Genfer Zollabkommen beschäftigt, der Steuerausschuß, in dem möglicherweise schon die Entscheidung über die Steueranträge der Linken fallen wird, und der Volkswirtschaftliche Ausschuß, der das Gesetz über die Versicherungsaufsicht berät.

Länderkonferenz in Berlin

M. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.). Am Mittwochvormittag 10 Uhr findet in Berlin eine Besprechung der Innenminister des Reichs und der Länder statt. Vertreten sind Baden, Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen und Sachsen. Gegenstand der Aussprache ist einmal die Lage in den einzelnen Ländern, dann die anti-religiöse Agitation des „Bundes der Gottlosen" und schließlich die Frage, ob die bisherigen Bestimmungen ausreichen, um der politischen Verhetzung entgegenzutreten.

Das Lippesche Volksbegehren erfolgreich

CNB. Detmold, 12. März. (Priv.-Tel.). Das von den Nationalsozialisten mit der Konservativen Volkspartei eingeleitete **Volksbegehren auf vorzeitige Auflösung des Lippeschen Landtages,** ging heute zu Ende. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, ist die erforderliche Stimmenzahl erreicht worden.

Die Ländergesandtschaften in München. Nach Preußen hat auch Württemberg beschlossen, seine Gesandtschaft in München mit dem 1. April 1933 aufzuheben. In Berlin wird erklärt, daß es sich um eine reine Sparmaßnahme handelt.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Um die sozialdemokratischen Forderungen — Widerstand gegen die Reichstagsvertagung bis zum Herbst

CNB. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der weiteren Entwicklung, die die parlamentarische Lage bis zur Erledigung des Etats und der anderen großen Gesetzesvorlagen nehmen wird. Die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten bei der Ausschußberatung des Panzerschiffes wird als ein gewisses Entspannungsmoment beurteilt. Man glaubt auch, daß die Sozialdemokraten in der Behandlung ihrer sozialpolitischen Forderungen der tatsächlichen Lage Rechnung tragen werden, die der Reichsarbeitsminister in seiner heutigen Etatrede darstellen wird. Auch Dr. Stegerwald widersetzt sich einer Senkung des Reallohnes auf lange Sicht.

Im Hinblick auf die **steuerlichen Forderungen** der Sozialdemokraten scheinen die **Schwierigkeiten** im Augenblick **größer** zu sein. Das Verlangen, den Vermögensteuerzuschlag für die größeren Vermögen von 0,5 auf 0,6 Proz. zu erhöhen, hat der Reichskanzler mit Rücksicht auf die Gefahr einer neuen Steuerflucht abgelehnt, ebenso einen 5prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Jahreseinkommen über 20 000 Reichsmark. In Kreisen der bürgerlichen Mitte rechnet man damit, daß dieser letzte Vorschlag trotzdem im Reichstag eingebracht werden wird in der Erwartung, daß eine **sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit** für ihn zustandekommen würde. Dann würde nach unseren Informationen wahrscheinlich **von rechts her** versucht werden, den Reichstag durch Verlassen des Sitzungssaales **beschlußunfähig** zu machen und so die Annahme des Antrages zu verhindern. Wie weit durch Rückwirkung auf die sozialdemokratische Einstellung damit eine Zuspitzung der parlamentarischen Lage verbunden sein würde, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Leichter liegen die Dinge bei der dritten steuerlichen Forderung der Tantiemensteuer. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß dieser Antrag angenommen wird, ohne daß die Deutsche Volkspartei ernsthafte Schwierigkeiten macht. Die Wirtschaftspartei beabsichtigt sogar, für diesen Antrag zu stimmen.

Im großen Zusammenhang der parlamentarischen Gestaltung kann aber noch eine andere Frage von erheblicher Bedeutung werden, nämlich die **Dauer der Reichstagsvertagung.** Bisher hatte man angenommen, daß auch die **Sozialdemokraten** einer Vertagung bis in den Herbst hinein nichts in den Weg legen würden. Wie wir nunmehr hören, wünschen sie aber, daß die **Parlamentspause** zunächst nicht länger als bis kurz vor Pfingsten, also bis **Ende Mai,** ausgedehnt wird. In Kreisen der **Reichsregierung** wird eine **längere Vertagung** schon deshalb für **notwendig** gehalten, weil das Kabinett erst nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen an die eigentliche positive Arbeit gehen kann und dann alle Kraft für die Ausführung der Gesetzeswerke braucht, die der Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage dienen sollen.

Der **Reichskanzler** ist bemüht, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden, die sich noch während des letzten Teiles der Reichstagstagung eingestellt haben. Diesem Ziele gilt offenbar auch eine längere **Aussprache,** die er gestern abend mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, **Dingeldey,** hatte; er wird außerdem heute wohl auch mit den **Sozialdemokraten** sprechen.

Von anderer Seite wird noch berichtet, daß man in parlamentarischen Kreisen die Lage des Kabinetts nach der Stimmenthaltung der Sozialdemokraten im Ausschuß als gebessert ansieht, da sie dadurch gezeigt hätten, daß sie gewillt seien, beim Wehretat keine Schwierigkeiten zu machen. Dazu kommt, daß im Landbund keine einheitliche Stimmung vorhanden ist. Bei den heutigen Besprechungen des Kanzlers mit den Sozialdemokraten handelt es sich im wesentlichen einmal um die Tantiemesteuer, für die jetzt auch im Zentrum wachsende Neigung vorhanden ist, obwohl ihr Ertrag kaum mehr als 6 bis 8 Millionen sein dürfte. Zum zweiten geht es um eine sozialdemokratische Forderung auf Reichszuschüsse für solche Gemeinden, die nicht mehr imstande sind, die Wohlfahrtslasten zu tragen. Man spricht von einem Betrag zwischen 8 und 15 Millionen. Gleichzeitig hört man aber im Reichstag das Gerücht, daß die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, um die Schwierigkeiten zu erhöhen, in den Reichstag bei der Abstimmung über die Tantiemesteuer kommen wollten. Sie würden dann mit Nein stimmen, so daß die Entscheidung bei den Mittelparteien läge, die sich, wie die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei, bisher ablehnend verhalten haben.

Ein Schlageter-Denkmal in Düsseldorf. In Düsseldorf fand am Mittwoch in Gegenwart des Oberbürgermeister. Dr. Lehr und zahlreicher Ehrengäste im Rahmen einer kurzen, schlichten Gedenkfeier die Grundsteinlegung des Schlageter-Denkmals auf der Golzheimer Halde statt. Die Gedenkrede hielt der Vorsitzende des Denkmalsausschusses, Dr. Schlenker, Düsseldorf.

*Sozialdemokratie und Panzerkreuzer

Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist gestern die erste Rate für den Panzerkreuzer B gegen die Stimmen der Kommunisten **bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen worden.** Die Sozialdemokratische Fraktion ließ vor der Abstimmung eine Erklärung abgeben, nach welcher „im Hinblick auf die innerpolitische Gesamtlage" und „im Interesse der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems" eine Ablehnung der Baurate im Plenum nicht zu befürchten ist, wenn Reichskabinett und Parlament gewisse steuerpolitische Anträge, die von der Fraktion noch eingebracht werden sollen, akzeptiert.

Es wird also von neuem versucht, die Zustimmung der Sozialdemokratie zum Bau des Panzerkreuzers B von ganz bestimmten **Zugeständnissen abhängig zu machen.** Reichskanzler Dr. **Brüning** hat bisher eine derartige Verkoppelung von zwei Dingen, die nicht zusammengehören, abgelehnt. Und auch aus den Äußerungen des **Reichsfinanzministers** ist zu entnehmen, daß er eine Möglichkeit neuer steuerlicher Belastungen — sei es in dieser, sei es in jener Form — nicht für gegeben erachtet. Reichswehrminister **Gröner** aber hat gestern erklärt, daß er mit der von ihm **begonnenen Flottenpolitik stehe und falle,** und daß es für ihn ein Zurück nicht gebe.

Die Frage ist nun die: Was geschieht, wenn die steuerpolitischen Anträge, die von der Sozialdemokratischen Fraktion angekündigt werden, vom Kabinett zurückgewiesen werden? Die Sozialdemokratie könnte sie dann als Initiativanträge im Reichstag einbringen und zur Abstimmung stellen. Stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie zu erwarten wäre, zusammen für diese Anträge, dann würden sie, da diese Parteien nach dem Auszug der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten über die Mehrheit verfügen, **angenommen** werden. **Und die Krisis wäre da!** Reichskanzler Dr. Brüning hat bisher den Beweis dafür erbracht, daß er zu seinen Worten steht und — abgesehen von geringfügigen Änderungen nebensächlicher Art — an den Grundlagen seiner Politik **nicht** rütteln läßt.

Natürlich könnte man dadurch, daß das Reichskabinett irgendeinem an sich wenig bedeutungsvollen Antrag steuerpolitischer Natur zustimmt, der Sozialdemokratischen Fraktion den Rückzug erleichtern. Und die Verhandlungen, die jetzt zwischen Vertrauensmännern der Sozialdemokratie und des Zentrums stattfinden, werden sicherlich von dem Bestreben getragen sein, der Sozialdemokratie eine solche mehr oder minder goldene Brücke zu bauen.

Für die Sozialdemokratische Fraktion ist die Situation recht schwierig geworden. Zieht sie ihre Anträge zurück, so liefert sie damit den Kommunisten, deren Wettbewerb um die Gunst der Arbeiterwähler immer intensiver wird, neues Agitationsmaterial. Beharrt sie aber bei ihren Anträgen, so beschwört sie damit ganz sicherlich jene **Krisis** herauf, die zu verhüten das Leitmotiv der ganzen sozialdemokratischen Politik der letzten Zeit gewesen ist. Erwähnt zu werden verdient, daß sich die Staatspartei in der Frage des Panzerkreuzerbaues mit aller Entschiedenheit und aus vollster Überzeugung hinter das Kabinett, hinter den Reichswehrminister gestellt hat.

Hermann Müller erkrankt

Das Befinden sehr ernst

Der frühere Reichskanzler Hermann Müller hat Ende vergangener Woche einen Rückfall seines ernsten Gallen- und Leberleidens erlitten, der seine Überführung in eine Privatklinik notwendig machte. Die Untersuchung hat am Mittwoch ergeben, daß von einer sofortigen Operation vorläufig abgesehen und daß sie vielleicht sogar ganz vermieden werden kann.

*

CNB. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler a. D. **Hermann Müller** hat eine ganz leidliche Nacht verbracht. Auch die Schmerzen haben wesentlich nachgelassen. Das heutige Konzilium ergab, daß der **Allgemeinbefund** des Patienten **noch als sehr ernst** zu betrachten ist. Man will erst eine Änderung des augenblicklichen Zustandes abwarten, bevor man eine Entscheidung darüber trifft, ob Reichskanzler a. D. Müller operiert werden soll oder nicht. Die Temperatur war in den Frühstunden 37,5

Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt, daß der Zustand Hermann Müllers **nach wie vor ernst** ist. Es liegt eine eitrige Entzündung der Gallenwege und eine Erkrankung der Bauchspeicheldrüse vor. Eine Operation soll nach Möglichkeit wegen des allgemeinen Zustandes vermieden werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Wahlkreiseinteilung in Baden nach dem neuen Reichswahlgesetzentwurf

Von August **Albert**, Karlsruhe

II. (Schluß)

Da nach dem vorliegenden Gesetzentwurf der amtliche Einheitsstimmzettel in Wegfall kommt, erfährt die ganze Tätigkeit der Kreis- und Verbandswahlausschüsse hinsichtlich des Verfahrens zur Zulassung der Wahlvorschläge und deren Bekanntmachung, die künftighin ganz in Wegfall kommen soll, eine erhebliche Vereinfachung. Die Tätigkeit der amtlichen Stellen wird sich im wesentlichen auf die Feststellung des Wahlergebnisses beschränken. Dadurch kommt aber auch der verwaltungspolitischen Gliederung der Wahlkreise nicht mehr allzu große Bedeutung zu. Sie würde übrigens in keiner Weise durch die hier vorgeschlagene Einteilung gestört, da ja die Wahlkreise aus lauter abgeschlossenen Amtsbezirken bestehen.

Wie sich die hier vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung zahlenmäßig auswirken würde, zeigt folgende Gegenüberstellung, bei der nur jene Parteien berücksichtigt sind, die nach dem vorliegenden Gesetzentwurf ein Reichstagsmandat erhalten würden. (Die Zahlen in den Klammern bedeuten die Ergebnisse nach der vom Reichsministerium des Innern vorgesehenen Wahlkreiseinteilung.)

Wahlkreis	Wohnbevölkerung	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen
Konstanz . . .	262228 (337508)	176195 (227408)	134204 (169069)
Freiburg . . .	401475 (385980)	282441 (269107)	205055 (193527)
Offenburg . .	454694 (394909)	299396 (261517)	217517 (186916)
Karlsruhe. . .	486762 (404013)	332800 (281105)	255475 (217050)
Mannheim . .	319684 (402433)	227564 (279259)	177505 (210953)
Heidelberg . .	387619 (387619)	251513 (251513)	202383 (202383)
Land Baden .	2312462	1569909	1192139

Wahlkreis	S. P. D.	Zentrum	K. P. D.	Einheitsliste	N. S. D. A. P.
Konstanz . . .	14745 (20034)	58901 (75648)	10230 (13785)	16917 (20605)	14944 (17528)
Freiburg . . .	32017 (31332)	75729 (67062)	17485 (14701)	20208 (19568)	28395 (31174)
Offenburg . .	30613 (26009)	80908 (72828)	11551 (10780)	17921 (14873)	48767 (43414)
Karlsruhe. . .	59202 (55426)	46362 (29679)	25054 (21998)	22989 (21451)	57949 (51338)
Mannheim . .	46731 (50507)	26578 (43261)	34293 (37394)	21889 (23427)	27216 (33827)
Heidelberg . .	27241 (27241)	63256 (63256)	14362 (14362)	14808 (14808)	49384 (49384)
Land Baden .	210549	351734	112975	114732	226655

Auch das Stärkeverhältnis der Parteien untereinander würde in den einzelnen Wahlkreisen keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Da auch im neuen Wahlrechtsentwurf der Proporz beibehalten werden soll, und für ein Reichstagsmandat 75 000 Stimmen notwendig sind, unter entsprechender Verrechnung der Reststimmen, so würde auch bei der hier vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung die Mandatszuteilung keine Veränderung erfahren. Die Einteilung in die sieben Landtagswahlkreise bis zum neuen badischen Landtagswahlgesetz von 1928, hatte sich im allgemeinen bewährt, die Einteilung des Landes nach dem neuen Landtagswahlgesetz trägt den verwaltungspolitischen, wie sonstigen Verhältnissen Rechnung, und es ist nicht einzusehen, warum man die Einteilung Badens in sechs Reichstagswahlkreise nicht in Anlehnung an diese Vorbilder bewerkstelligen soll. Im Reichsrat ist ja der Wirthsche Gesetzentwurf bereits angenommen worden. Es wird sich jetzt darum handeln, daß unsere badischen Abgeordneten, falls der Entwurf im Reichstag zur Beratung kommt, ihre Abänderungsvorschläge machen, für die ihnen die vorliegenden Ausführungen eine Grundlage geben wollen.

Zu dem Artikel in Nr. 47 der Karlsruher Zeitung ist zu berichtigen, daß der Ev. Volksdienst in der Ländergruppe Baden-Württemberg nicht 74 425, sondern zusammen 159 425 Stimmen aufbrachte, somit, wie später auch festgestellt ist, in Württemberg ein Mandat erhält mit 74 425 Reststimmen.

Im Bayerischen Landtag betonte Staatsminister Dr. **Stützel** u. a., daß alle Versuche, die Ordnung zu stören, im Keime erstickt werden würden. Das möge auch denen zur Kenntnis dienen, die vielleicht mit dem Gedanken spielen, die Schärfe des Abwehrinstrumentes der Regierung zu erproben.

Koalitionskrise in Thüringen. In der thüringischen Regierungskoalition ist wieder eine Krisis aufgetreten. Der nationalsozialistische Fraktionsführer und Gauleiter **Sauckel** veröffentlichte einen Artikel mit heftigen Angriffen gegen die Deutsche Volkspartei. In einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien wurde der Artikelschreiber gefragt, ob er die Ausführungen mit seinem Namen decke. Als diese Frage bejaht wurde, verließen die volksparteilichen Abgeordneten geschlossen unter Protest die Verhandlung mit der Erklärung, daß sie unter diesen Umständen in der Regierung nicht mehr mitarbeiten könnten.

Inlandsanleihe Sachsens. Dem Freistaat Sachsen ist von der Beratungsstelle in Berlin die Auflegung einer Inlandsanleihe von 20 Millionen Reichsmark 7prozentiger Schatzanweisungen genehmigt worden.

Der Marineetat im Ausschuß

Ausführungen der Reichstagsabgeordneten Erfing und Schöpflin

Bei der Beratung des Haushaltsausschusses über den Marineetat, bei der der **Reichswehrminister** u. a. erklärte, daß er zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte, den uns der Versailler Vertrag noch ließ, aus militärischen und politischen Gründen mit seiner einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik stehe und falle, und bei der es kein Zurück mehr gäbe, ergriffen auch zwei **Abgeordnete Badens** das Wort.

Zunächst verwies der Zentrumsabgeordnete **Erfing**, Karlsruhe, namens seiner Fraktion auf Erklärungen, die schon in früheren Jahren zum Wehretat abgegeben worden sind. **Deutschlands Interesse erforderte es**, daß **alle Möglichkeiten ausgeschöpft** werden, die die Abrüstungsvorschriften des Versailler Vertrags für die Landesverteidigung gelassen haben. So schwierig die Finanzlage des Reiches auch sei, sagte Abg. Erfing, so müsse der Bau des zweiten Panzerkreuzers in Angriff genommen werden, weil sonst **größere Arbeiterentlassungen** bei den Marinebetrieben erfolgen müßten. Es sei wohl richtig, daß die Marine gegen die großen Marinemächte einen Verteidigungskampf nicht führen könne. Dagegen sei es ohne allen Zweifel, daß unsere kleine Marine den **Seeweg nach Ostpreußen** sichern könne, eine Ansicht, die mit Nachdruck auch vom Reichswehrminister vertreten worden ist.

Der sozialdemokratische Abg. **Schöpflin** wandte sich dann im Verlauf der Debatte in einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, nach denen die Sozialdemokratie ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert habe. Die Sozialdemokratie habe, so führte Abg. Schöpflin aus, die **Reichswehr immer bejaht** und den Wehretat stets genehmigt. Auch zur Kaiserzeit habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung bejaht. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher. Wenn ihm vorgeworfen werde, er habe Befehle des Reichswehrministers entgegengenommen, so müßte er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk handele, dann gehe er zehnmal lieber mit dem Reichswehrminister, als nur einmal mit Herrn Stöcker.

Die Finanzierung des Russengeschäfts

Die Ausfallbürgschaften

Zu den Besprechungen des **Reichskanzlers** mit den aus Moskau zurückgekehrten **deutschen Industriellen** melden mehrere Berliner Blätter, daß **Reich und Länder** bereit seien, für die in Moskau vereinbarten neuen Aufträge weitgehende **Ausfallbürgschaften** zu übernehmen. Diese Bürgschaften für die sich im ganzen auf 300 Millionen beziffernden Neuaufträge sollen vom Reich zu 40 Prozent, von den Ländern zu 80 Prozent getragen werden. Nach einer anderen Meldung soll ferner der Reichsbankpräsident bereit sein, die Russenwechsel mit 20 Prozent zu **bevorschussen**. Auch einzelne **Städte** sollen sich zur Übernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt haben, in der Hoffnung, dadurch in der Wohlfahrtspflege entlastet zu werden.

Wie wir zu diesen Meldungen erfahren, handelt es sich bei den obigen Angaben lediglich um **Erwägungen**, da die ganze Angelegenheit noch einer eingehenden Untersuchung und Nachprüfung bedarf. Beschlüsse sind demgemäß noch in keiner Richtung gefaßt worden. Das **Reichskabinett** wird sich mit der Frage des Russengeschäftes in seiner Sitzung am Montag beschäftigen, von deren Ergebnissen die weitere Regelung der Angelegenheit naturgemäß abhängt.

*

Nach dem „B. T." haben die Leiter der Sowjetunion mit den deutschen Industriellen ein **Beschaffungsprogramm** ausgearbeitet, das Bestellungen in Deutschland in Höhe von **300 Millionen Reichsmark** vorsieht. Kommt dieses Programm zur Durchführung, so würde es der deutschen Industrie eine wahrscheinlich zusätzliche Beschäftigung ermöglichen, die die Neueinstellung von Arbeitern möglich machen würde. Unverbindliche Schätzungen sprechen von einer Mehrbeschäftigung von 100—150 000 Menschen infolge dieser Bestellungen. Ob sich die Hoffnungen in diesem Ausmaße erfüllen werden, bleibt freilich abzuwarten. Die Bestellungen würden sich, wie wir hören, im wesentlichen auf Produktionsmittel, vor allem Maschinen, beziehen. Es sind aber auch Bestellungen auf Eisen und Stahl vereinbart.

Kurze Nachrichten

Reichsrat erst Freitag. Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben am Mittwoch die Zollvorlage der Regierung und in Verbindung damit die Reichstagsbeschlüsse zum Brotgesetz und über die Gefrierfleischeinfuhr in erster Lesung beraten. Die endgültige Entscheidung der Ausschüsse fällt erst in einer zweiten Lesung am Freitagnachmittag. Die **Plenarsitzung** des Reichsrats, die am Donnerstagnachmittag die Zollvorlage verabschieden sollte, ist auf Freitag abend verschoben worden.

Fürstin Hatzfeld †. Natalie Fürstin v. Hatzfeld, Herzogin zu Trachenberg, ist auf Schloß Trachenberg 75 Jahre alt gestorben. Sie war längere Zeit Oberhofmeisterin der Kaiserin Friedrich und hat sich durch ihr Wirken in der Wohlfahrtspflege und durch ihre Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft einen Namen gemacht.

Die Anschuldigungen gegen Drewitz. Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei hat — wie nun mitgeteilt wird — am 9. März seine Verhandlungen über die gegen den Parteivorsitzenden **Drewitz** erhobenen Vorwürfe zu Ende geführt und ist zu einer Entscheidung gekommen, in der festgestellt wird, daß alle gegen Drewitz erhobenen Beschuldigungen sich als **unbegründet** herausgestellt hätten.

Die Feierschichten der Reichsbahn. Die Massenklage, die die drei Eisenbahnergewerkschaften gegen die Reichsbahngesellschaft wegen der Feierschichten angestrengt haben, ist am Mittwoch vom Arbeitsgericht **Berlin** abgewiesen worden, wie dies bereits vor einiger Zeit mit dem in Dresden geführten Prozeß der Fall war. Der Vorsitzende betonte, das Gericht sei zu der Auffassung gelangt, daß die **Kürzung der Arbeitszeit aus Arbeitsmangel für eine gewisse Dauer zulässig** sei. Die Eisenbahnergewerkschaften werden wegen der Grundsätzlichkeit der Frage Berufung beim Landesarbeitsgericht einlegen.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag wurde im polnischen Sejm heute in einer Nachtsitzung in zweiter und dritter Lesung mit 180 gegen 75 Stimmen angenommen. Vorher stimmte der Sejm dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zu.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich. In der zweiten Februarhälfte ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Österreich um rund 3000 auf 384 044 gefallen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 2. März 2 634 574, d. h. 16 916 **mehr**, als am Ende der vorhergehenden Woche.

Persisches Außenhandelsmonopol. Das persische Parlament hat einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols angenommen.

Die französisch-italienischen Flottenabmachungen

Der Text des französisch-italienischen Flottenabkommens wurde am Mittwoch veröffentlicht.

Nach dem Abkommen dürfen Frankreich und Italien in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je zwei **Schlachtschiffe** fertigstellen, deren Deplacement 23 333 Tonnen nicht überschreiten darf. Die Bestückung darf kein größeres Kaliber aufweisen als 12 Zoll. Soweit einer dieser Neubauten fertiggestellt ist, wird Frankreich ein Schiff der Diderot-Klasse aus dem Flottenbestand streichen. Italien wird dagegen bei Indienststellung der Neubauten überalterte Kreuzer I. Klasse abwracken, und zwar jeweils etwa 16 820 Tonnen, insgesamt 33 640 Tonnen. Ohne einer allgemeinen Revision der im **Washingtoner Flottenvertrag** vorgesehenen Höchsttonnageziffern für Schlachtschiffe vorzugreifen, wird die im Washingtoner Vertrag für die Flotten Frankreichs und Italiens vorgesehene **Tonnagehöchstgrenze** für Schlachtschiffe von 175 000 auf 181 000 Tonnen erhöht.

Frankreich und Italien können außerdem in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je 34 000 Tonnen für Flugzeugmutterschiffe in Dienst stellen. Von der Absicht, eine der Neubauten der obengenannten Kategorien auf Kiel zu legen, werden sich die beiden Mächte gegenseitig zu einem möglichst frühen Termin benachrichtigen.

*

Die Pariser Presse begrüßt die französisch-englisch-italienische Verständigung in der Seeabrüstungsfrage. Bedenken kommen nur zum Ausdruck wegen des **Unterseebootsvorbehalts** Englands und wegen der Entwicklunag, die die Flottenfrage auf der allgemeinen **Abrüstungskonferenz** im Jahre 1932 nehmen werde.

Die Tagung des Europa-Ausschusses

WTB. **London**, 12. März. (Tel.) „Daily Herald" meldet: Der Staatssekretär des Äußern, **Henderson**, wird Ende nächster Woche nach **Paris** fahren, um an der **Zusammenkunft des Ausschusses der Kommission zur Prüfung der Frage einer Europa-Konferenz**, die auf den 22. ds. festgesetzt ist, persönlich teilzunehmen. Es wird erwartet, daß außer Henderson auch die Außenminister **Italiens** und **Polens** anwesend sein werden. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Erico **Drummond**, trifft heute in London ein, um über die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz 1932 zu beraten. Er wird wahrscheinlich mit Henderson nach Paris gehen.

In **Berlin** wird es nicht als wahrscheinlich bezeichnet, daß der deutsche Außenminister an der Zusammenkunft teilnehmen wird.

Verkehrsstörungen in Bayern

WTB. **Augsburg**, 12. März. Infolge starker Schneeverwehungen blieben heute nacht auf der Strecke **Donauwörth—Augsburg zwei Personenzüge im Schnee stecken.** Ähnliches ereignete sich auf der Strecke Augsburg—Buchloe. Nach mehrstündigem Arbeiten gelang es, beide Strecken wieder fahrbar zu machen. Die Schneeverwehungen hatten auch sonst erhebliche Betriebsstörungen und Verspätungen zur Folge. Der beschleunigte **Personenzug Dortmund—München** erlitt 6 Stunden Verspätung. Die Reisenden mußten mit einem Ersatzzug von Augsburg nach München gebracht werden. Der Personenzug von **Nördlingen** kam erst mit 9stündiger Verspätung in Augsburg an. Ein Personenzug und ein D-Zug, beide von Berlin, mußten über Ingolstadt umgeleitet werden. Weiterhin wurden gegen Morgen auf der Münchener Strecke bei Passing beide Gleise gesperrt, da infolge der Schneeverwehungen ein Zug entgleist war.

Der Zugverkehr im **Allgäu** ist infolge der Schneeverwehungen zum Teil **völlig lahmgelegt.** Zahlreiche Züge blieben im Schnee stecken.

Kleine Chronik

Der Lloyddampfer **„Karlsruhe"**, der am Mittwoch bei seiner Ausfahrt von **Bremen** wegen Schneegestöbers beim Hohe-Weg-Leuchtturm vor Anker gehen mußte, wurde von dem Hapag-Motorschiff **„San Franzisko"** oberhalb der Wasserlinie **leicht gerammt.** Die Beschädigung ist gering.

Elly Beinhorn beabsichtigt, in den nächsten Tagen **Bissau** zu verlassen und über die geplante Strecke **Timbuktu—Sahara—Italien nach Deutschland zurückzufliegen.** Der Rückflug führt über 9000 Kilometer, die voraussichtlich in etwa 3 Wochen überflogen werden können.

Auf dem **Yangtsekiang**, etwa 100 Kilometer von Schanghai, ist ein **Dampfer**, auf dem sich 300 Personen befanden, infolge einer Explosion **gesunken.** Man nimmt an, daß **200 Menschen ertrunken** sind.

Badischer Teil

Badischer Landtag

28. Sitzung.

DZ. **Karlsruhe**, 12. März.

Eingegangen sind **Förmliche Anfragen** der Nationalsozialistischen Fraktion, betr. Bespitzelung der NSDAP. in Baden, und betr. Sammlung von Material über die SA. der NSDAP. in Baden.

Präsident **Duffner** eröffnet die Vormittagssitzung mit einem besonderen Nachruf für das verstorbene frühere Mitglied des Hauses, Stadtrat **Eugen Geck.** Der hervorragende Kommunalpolitiker habe sich allgemeiner Wertschätzung und Hochachtung erfreut. Er, der Präsident, spreche auch an dieser Stelle der Sozialdemokratischen Fraktion das herzliche Beileid aus. (Die Abgeordneten hatten sich während der kurzen Ansprache von den Plätzen erhoben.)

Es folgt die Verlesung der **Neueingänge.**

Der **Unterrichtsminister** hat mitgeteilt, daß er die nationalsozialistische **Interpellation zum Fall Gumpel** beantworten werde, sobald seitens der Anfragesteller die Unterlagen vorliegen, aus denen ersichtlich sei, inwiefern der Minister bei der seinerseits gemachten Darstellung von der Wahrheit abgewichen sein soll.

Verlesen werden Entschließungen der **Hybridenpflanzer des Murgtales** gegen das Anbauverbot, und der Organisation der **Grund- und Hausbesitzer** zur Gebäudesondersteuer.

Nach Erledigung einiger **Kurzen Anfragen** wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Geschäftsordnung bittet Abg. **Hofheinz** (Staatsp.), den Gegenstand der **Junglehrernot und Schließung der Lehrerbildungsanstalten** von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und ihn mit der Beratung des von der Regierung angekündigten Gesetzentwurfes zur Behebung der Junglehrernot zu verbinden. Voraussetzung sei, daß die Vorlage noch vor Ostern eingebracht und erledigt wird.

Dieser Wunsch wird in einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte allseits unterstützt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Waldeck** (D. Vp.) berichtet dann über den Antrag der Abg. Dr. **Schmitthenner** (Dnatl.) u. Gen., betr.

Preissenkung für Wasser, Gas, Licht- und Kraftstrom, sowie der Eisenbahn- und Posttarife

Der Haushaltsausschuß schlägt vor, obigen Antrag durch die Maßnahmen der Regierung **für erledigt zu erklären.**

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Dnatl.) begründet seinen Antrag.

Die Preissenkungsaktion habe bisher einen nur geringen Erfolg gehabt. Mit dem, was von Reich, Ländern und Gemeinden in dieser Richtung getan wurde, könne man nicht zufrieden sein. Wir müßten eine andere Wirtschaftspolitik im Innern treiben, um ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Darüber hinaus werde eine große politische Wandlung in Deutschland überhaupt kommen müssen. Die Rettung sei nur von einer großen nationalen Front zu erwarten. (Zurufe aus den Reihen der Regierungsparteien.) Der Redner schließt mit dem Hinweis, daß sich aus seinen Darlegungen der Sinn des Antrags ergebe.

Das Haus stimmt mit großer Mehrheit dem **Antrag des Ausschusses** zu. Dagegen sind die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Abg. Schmidt-Bretten (Bauernp.), während sich der Abg. Hagin (Bauernp.) der Stimme enthält.

Die Notlage der Holzwirtschaft

Abg. **Seubert** (Ztr.) erstattet einen eingehenden Bericht über diese Materie und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, sowie über die Behandlung der Anträge der Abg. **Merk** (Nat.-Soz.), betr. katastrophale Lage auf dem Holzmarkt, und **Duffner** (Ztr.), betr. wirtschaftliche Lage auf dem Rundholzmarkt, im Haushaltsausschuß. Er empfiehlt, obige Anträge in folgender Fassung **anzunehmen:**

„Die Regierung wird ersucht, ihre bisherigen Bemühungen zur Erhaltung und Förderung der badischen Holzwirtschaft fortzusetzen, insbesondere

1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der Zollgesetzgebung und den **Handelsverträgen auf die große Notlage der badischen Wald- und Holzwirtschaft gebührend Rücksicht genommen wird,**
2. bei der Reichsbahn-Gesellschaft auf eine die Interessen der badischen Holzwirtschaft fördernde **Tarifpolitik** hinzuwirken,
3. dafür besorgt zu sein, daß bei allen öffentlichen Bauten des Staates, der **Gemeinden** und der sonstigen **öffentlichen Körperschaften** in erster Linie und hauptsächlich **inländisches Holz** verwendet wird.
4. in gleichem Sinne auf **private** Bauunternehmer einzuwirken,
5. **Zuschüsse und Baudarlehen** aus öffentlichen Mitteln zu irgendwelchen baulichen Unternehmungen nur dann zu geben, wenn bei diesen in erster Linie und **hauptsächlich inländisches Holz** verwendet wird, wenn solches zu angemessenem Preis und in entsprechender Beschaffenheit vorhanden ist."

Abg. **Merk** (Nat.-Soz.) führt zur Begründung seines Antrages aus, es gelte, die Reichsregierung auf ihre Pflicht hinzuweisen, damit unsere Holzwirtschaft nicht vollends an den Ruin komme. Durch den Antrag des Ausschusses hätte der nationalsozialistische Antrag eine Abschwächung erfahren, die auf seiner Seite abgelehnt werde.

Abg. **Duffner** (Zentr.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Er erinnert an die ungewöhnlich gesteigerte Holzeinfuhr aus dem Osten. Bei der Regelung der Fragen der Holzwirtschaft handle es sich um Reichsangelegenheiten, an denen Baden aufs Erheblichste interessiert sei. Leider werde der Traum vom unermeßlichen Reichtum im Walde und der glänzenden Geschäftslage der Sägewerke in manchen Volkskreisen noch weitergeträumt, trotzdem die Wirklichkeit eine entgegengesetzte harte Sprache spricht. Kaum habe die Reichsregierung den Willen bekundet, im Interesse der Holzwirtschaft energisch zuzugreifen, hätten sich schon **wieder** die Widerstände gegen eine Zurückdrängung der Holzeinfuhr in Eingaben der interessierten Verbände geltend gemacht. Er, der Redner, wende sich durchaus nicht gegen die Osthilfe. Es sei aber auch **eine Südwesthilfe** nötig.

Aus der Denkschrift des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg spreche eine eigentümliche Einstellung gegenüber den **badischen Belangen.** Die Holzpreise hätten einen unglaublichen Tiefstand erreicht. Unverständlich sei die Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, von dem man hätte erwarten dürfen, daß ihm an einer Sanierung der Verhältnisse gelegen ist. Auf Zwischenrufe des Abg. Bock bemerkt der Redner, daß er gerade für den Schwarzwälder Bauernwald und die kleinen Sägewerke spreche, deren Existenz auf dem Spiele stehe. Wogegen wir uns wenden müssen, sei die Überschwemmung deutschen Landes mit fremdem Holz und die damit verbundene unlautere Konkurrenz. Die Steuerzahler hätten ein Recht, den **Verwendungszwang** zu verlangen. Eine sofortige Ratifizierung des Genfer Zollfriedens würde die Sanierung der badischen Holzwirtschaft unmöglich machen. Die Reichsbahn möge in ihrer **Tarifpolitik** den berechtigten Interessen des Grenzlandes Badens Rechnung tragen. Der Redner appellierte zum Schlusse an Architekten und Bauhandwerker, sich wieder mehr und mehr der schönen **Holzarchitektur** zuzuwenden. Auch im Verdingungswesen könnte viel zugunsten des einheimischen Holzes getan werden. Man wolle das fremde Holz keineswegs ganz ausschalten. Die Verkoppelung der beiden Verträge sei aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt.

Abg. **Fischer** (Staatsp.) führt aus, wenn man in der freien Wirtschaft mit gesetzlichen Stützungsmaßnahmen aufhelfen müsse, so bedeute dies, daß ein Notstand vorliegt. Es wäre eine große Dummheit gewesen, wenn man im vorigen Jahre die Rundholzausfuhr nach der Schweiz unterbunden hätte. Es seien Bestrebungen im Gange, um den Gedanken der **Holzverwendung** wieder zu vertiefen. Der Redner ist gegen die moderne Sachlichkeit im Bauwesen und wünscht gleichfalls die **Rückkehr zur Holzkonstruktion und -architektur.** Der individuelle Wirtschaftsgedanke müsse wieder mehr in Vordergrund gerückt werden. Der Redner verweist auf das Vorbild der Schweiz als Holzbedarfsland.

Abg. **Heid** (Soz.) weist darauf hin, daß in der badischen Forstwirtschaft 80 000 Personen Arbeit und Brot fanden. Diese blühende Wirtschaft scheint ruiniert zu sein. Entscheidenden Einfluß auf den Preissturz habe die Holzeinfuhr aus Rußland gehabt. **Rußland** treibe auf dem Holzmarkt eine scharfe **Unterbietungspolitik** und suche auch auf dem Getreide- und Benzinmarkt auf Kosten der Arbeitskraft des russischen Volkes und zum Nachteil der Arbeiterschaft der übrigen Welt seine früheren Wirtschaftspositionen wieder zu erobern. Der Redner kritisiert die Tarifpolitik der Reichsbahn und stellt weiter fest, daß mancherorts leider ausländisches Holz verwendet werde, wo sich die gleiche Verwendungsmöglichkeit für einheimisches Holz biete. Mit dem Ausschußantrag ist die Sozialdemokratische Fraktion einverstanden. Beim Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland sollten Sicherungen gegen das russische Dumping getroffen werden. In den **Holzzöllen sei ein Akt wirtschaftlicher Notwehr** zu erblicken.

Gegen ¾1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. — Weiterberatung nachmittags ¼4 Uhr.

Die Beschwerde des „Heidelberger Beobachter" verworfen

Das Reichsgericht hat die Beschwerde des „Heidelberger Beobachter" gegen das vom badischen Minister des Innern am 17. Februar d. J. erlassene Verbot auf Kosten des Beschwerdeführers verworfen.

Das Verbot des badischen Innenministers war auf Grund eines im „Heidelberger Beobachter" vom 14. Februar 1931 erschienenen Artikels „Das Volk wird entscheiden. Die Jungparteien brechen die Verfassung" erfolgt, der die schwersten Schmähungen gegen den Reichstag und die Reichsregierung enthielt.

In der Beschwerde beim Reichsgericht machte der Herausgeber und Schriftleiter des „Heidelberger Beobachter", Herr Ingenieur Otto Wetzel in Heidelberg geltend, das Verbot sei willkürlich erlassen. Die republikanische Staatsform werde in dem Artikel nicht beschimpft oder herabgewürdigt, dieser befasse sich nicht mit dem Reichstag als solchem, sondern nur mit den Reichstagsabgeordneten der Mehrheit.

Das Reichsgericht hat diese Begründung nicht anerkannt und sie als unzutreffend bezeichnet. In der Einleitung zu dem Artikel des „Heidelberger Beobachter", der das Verbot veranlaßte, sei eindeutig und unmißverständlich **ganz allgemein vom Reichstag** behauptet worden, daß in ihm seit zwölf Jahren das deutsche Volk von seinen Volksvertretern verraten und seines Letzten beraubt werde. Seit zwölf Jahren sei im Reichstag geschwätzt und gelogen und nachher sei behauptet worden, das sei der Wille des Volkes. **Hierdurch soll für jeden Unbefangenen erkennbar der Reichstag als verfassungsmäßiger Repräsentant des Trägers der Reichsgewalt, des deutschen Volkes, herabgesetzt werden. Die Ausführungen enthalten eine durch ihre Form und ihren Inhalt besonders verletzende, rohe Äußerung der Mißachtung, durch sie wird der Reichstag beschimpft. Daß der Verfasser damit aber auch gleichzeitig die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform beschimpfen und verächtlich machen will,** gehe daraus hervor, daß der Schlußsatz des Artikels lautet: „Das deutsche Volk wird sein Schicksal selber in die Hand nehmen und die Götzen der Demokratie zum Teufel jagen." **Damit sei eindeutig zum Ausdruck gekommen, daß der Verfasser die gegenwärtige demokratische Staatsform für die von ihm behaupteten Mißstände verantwortlich machen und sie mit seinen Ausführungen treffen wolle.**

Das Reichsgericht erkennt das ausgesprochene Verbot als begründet, und da auch im übrigen die Dauer des ausgesprochenen Verbotes angemessen erscheine, konnte die Beschwerde keinen Erfolg haben.

Keine Aufhebung der Versorgungsbehörden

Eine beruhigende Erklärung

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde der Etat des Reichsarbeitsministeriums erledigt. Dabei wurde, wie schon beim Etat der Versorgung und Ruhegehälter, neuerdings die Frage der Erhaltung der **Versorgungsbehörden für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene** aufgeworfen. Staatssekretär **Geib** erklärte auf Anfrage, daß das Reichsarbeitsministerium an eine Aufhebung oder Verschmelzung der Versorgungsbehörden mit Länder- oder Gemeindebehörden oder auch einer anderen Reichsbehörde, wie Finanzbehörden, nicht denke. Es handle sich um die Verwaltung einer Reichsausgabe von nahezu 30 Prozent der Gesamtausgaben und um Behörden, denen nicht nur eine Vermögensverwaltung, sondern auch eine große sozialpolitische Aufgabe, nämlich die Betreuung von nahezu einer Million Kriegsbeschädigter und je einer Drittel Million Witwen, Waisen und Kriegereltern.

Durch diese Erklärung, die im Auftrage des Reichsarbeitsministers abgegeben war, wird ohne Zweifel Beruhigung in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eintreten.

Die Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel

Im **Reichstag** ist — wie gemeldet — ein **Antrag** eingebracht worden, nach dem für die Benutzung von Autobahnen, die **ausschließlich** für die Bedürfnisse des **Autoverkehrs von Privatunternehmungen** errichtet werden, eine **Sondergebühr** erhoben werden könne. Dieser Antrag stellt einen ersten Schritt auf dem Gebiete der Schaffung von **Autofernstraßen** dar. Bei der Lage der Staatsfinanzen ist der Bau solcher Fernstraßen durch die Länder unmöglich. Darum wollen die interessierten und beteiligten Kreise von sich aus die Initiative zum Bau von Autobahnen ergreifen. In erster Linie ist dabei — wie die „Frankf. Ztg." meldet — an die Strecke **Hamburg—Frankfurt—Basel** gedacht.

Das Blatt teilt ferner mit:

Schon im vorigen Reichstag war der Antrag eingebracht worden, die Erhebung von Gebühren auf besonderen Autostraßen möglich zu machen. Der Verkehrsausschuß hatte dem Antrag bereits zugestimmt, seine Annahme im Plenum war aber durch die vorzeitige Reichstagsauflösung unmöglich geworden. Der erneute Antrag, dessen Einbringung auf die eifrigen Bemühungen des **Hafraba-Vereins** zurückzuführen ist, hat diesmal wohl mehr Aussicht auf Annahme. Das würde bedeuten, daß die Rentabilität und damit die **Finanzierung** einer Autobahn Hansastädte—Frankfurt—Basel durch Erhebung von Benutzungsgebühren **wahrscheinlich gemacht** würde. Es ist schon vor einiger Zeit in Hafraba-Kreisen angedeutet worden, daß **ausländisches Kapital** sich für die Finanzierung einer solchen Autobahn interessieren würde.

Tagungen

Die Internationale Lachskonferenz hat für ihre diesjährige Tagung **Freiburg** gewählt. Die Konferenz wird am 15. April 1931 zusammentreten.

Landestagung der badischen Schmiedemeister in Buchen. Buchen, die Perle des Odenwalds, beherbergt vom 30. Mai bis 1. Juni 1931 den Verbandstag der badischen selbständigen Schmiedemeister. Für die in Aussicht genommene **Fachausstellung** haben sich schon eine stattliche Anzahl Firmen gemeldet. Anfragen dieserhalb sind an die Schmiedeinnung Buchen, zu Händen ihrer Obermeisters, **Seeber,** zu richten.

Badischer Gastwirte-Verbandstag. In **Singen a. H.** findet am 9. und 10. Juni der diesjährige badische Gastwirte-Verbandstag statt.

Gemeindefinanzen und Fürsorgelasten

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben die Regierung gebeten, die Anträge des Deutschen Städtetages und des Reichsstädtebundes zur **Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge** bei der Reichsregierung und im Reichsrat nachhaltigst zu unterstützen, damit die immer unhaltbarer werdende Finanzlage der Gemeinden durch eine Entlastung auf dem Gebiete der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen nunmehr endlich eine fühlbare Besserung erfährt. Wir entnehmen der Eingabe der Städte folgende Ausführungen:

Die Betreuung der im ganzen Reiche augenblicklich vorhandenen **Wohlfahrtserwerbslosen** durch die Gemeinden erfordert einen Kostenaufwand jährlich von mehr als einer halben Milliarde Reichsmark. Das ist etwa das Doppelte der Aufwendungen, die im vergangenen Rechnungsjahre notwendig waren. Schon damals waren aber viele Gemeinden nicht in der Lage, die zur Deckung dieser Aufwendungen erforderlichen Mittel innerhalb des Rechnungsjahres aufzubringen. In diesem Jahre sind nun ungedeckte Fehlbeträge von nie gekanntem Ausmaße selbst in den bestgestellten Städten unausbleiblich.

Ungeachtet der Notwendigkeit eines Umbaues der Arbeitslosenversicherung, der selbstverständlich noch größerer Vorarbeiten bedarf, müssen die Gemeinden unter allen Umständen mit größter Beschleunigung von dem Hauptteil ihrer derzeitigen Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen befreit werden. Diese Entlastung sollte zweckmäßigerweise mit einer **grundsätzlichen Änderung der Krisenfürsorge** verbunden werden. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Unterstützung arbeitsloser Personen auf drei verschiedenen Wegen erfolgt: durch die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Wenn die Unterstützung Erwerbsloser schon nicht durch eine einheitliche Stelle möglich ist, so müssen zum mindesten die von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Personen, also die **Krisenunterstützungsempfänger** und die **Wohlfahrtserwerbslosen** in einer **Gruppe** zusammengefaßt werden. Die Unterstützung dieser neuen einheitlichen Gruppe würde im wesentlichen nach den Grundsätzen der Fürsorgepflichtverordnung zu erfolgen haben. Die Gewährung einer Unterstützung wird also von der Bedürftigkeit des Unterstützungsempfängers abhängig zu machen sein.

Die **Kostenverteilung** soll in der Weise erfolgen, daß von den Gesamtaufwendungen der in die neue Gruppe zusammengefaßten bisherigen Krisenfürsorgeempfänger und Wohlfahrtserwerbslosen das Reich 50 Proz., die Länder 25 Proz. und die Gemeinden gleichfalls 25 Proz. aufzubringen hatten. Nach der Berechnung des Städtetages wird die Zahl der Erwerbslosen in der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenpflege in diesem Jahre etwa 2 Millionen erreichen. Bei einer durchschnittlichen Jahresunterstützung von 700 *RM* wird daher mit einem Gesamtaufwand von etwa 1,4 Milliarden für diese Erwerbslosen zu rechnen sein. Das Reich hätte 700 Millionen, Länder und Gemeinden je 350 Millionen Reichsmark zu tragen.

Der Klinikenneubau in Freiburg

Nach einer Zusammenstellung des badischen Kultusministeriums belaufen sich die Baukosten für die neuen klinischen Krankenhäuser auf 13 371 123 RM. Die Kosten der inneren Einrichtung werden mit 1 927 600 RM. angegeben. Hierzu kommen noch 181 225 RM. Straßenerschließungskosten, so daß **insgesamt 15 479 948 RM.** für den Klinikenneubau aufzuwenden sind.

Der Anteil der **Stadt Freiburg** beträgt zwei Fünftel oder 6 191 979 RM. Außerdem hat die Stadt Freiburg 702 084 Reichsmark Anteile an den Kosten der Geländebeschaffung zu übernehmen. Von der Stadt sind dafür aufzuwenden 514 269 RM., so daß sich die Mittel, die von der Stadt Freiburg zur Verfügung zu stellen sind, auf rund **6 706 300 RM.** belaufen, wovon 1 425 000 RM. schon beschafft sind. Es verbleiben noch 5 281 300 RM, die durch Kapitalaufnahme zu decken und mit 1—3 Prozent zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen in steigenden oder gleichen Beträgen oder durch Ansammlung von Tilgungsrücklage heimzuzahlen sind. Die Kapitalaufnahme kann in Reichsmark, Goldmark, Feingold oder in ausländischer Währung erfolgen.

Vom Brauereigewerbe in Baden

P.A. Innerhalb des Brauereigewerbes in Baden haben sich im Lauf der letzten Jahrzehnte tief einschneidende Änderungen vollzogen. Anfangs der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat die Zahl der Brauereien in unserem Land noch über 1000 betragen; heute sind nach den im „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden 1930" enthaltenen Angaben nur noch 141 im Betrieb. Die meisten Brauereien trugen bis um die Jahrhundertwende — abgesehen von wenigen Ausnahmen — handwerkerlichen Charakter; heute hat sich das Braugewerbe zur Großindustrie entwickelt, die nach dem Ergebnis der gewerblichen Betriebszählung 1925 über 4000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt und zum Antrieb von Arbeitsmaschinen rund 11 000 Pferdestärken motorische Kraft verwendet.

Von welch großer **volkswirtschaftlicher Bedeutung** die badische Brauindustrie ist, zeigt sich auch darin, daß ihr Anteil an der **Gesamtproduktion** von Bier im Deutschen Reich um ein Drittel größer ist, als ihr nach Fläche und Bevölkerung unseres Landes an sich zukäme. Die Gesamtproduktion betrug im Jahr 1927 2,3 Millionen Hektoliter, d. s. 4,5 Proz. der Gesamtproduktion von Bier im Deutschen Reich. Erwähnt sei noch, daß die Biersteuer, die im Jahr 1928 vom badischen Braugewerbe aufgebracht worden ist, 18 Millionen Reichsmark beiragen hat.

Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarrenindustrie. Am Dienstag hat die Filiale **Rauenberg** (Amt Wiesloch) der Zigarrenfabriken P. J. Landfried (Heidelberg) den Betrieb wieder aufgenommen. Es stehen dort nur noch die Zigarrenfabrik der Firma **Walter & Dietz** (Ostringen) und **Hirsch & Madenheim** (Mannheim) still. Mit der Wiederaufnahme des Landfriedschen Betriebs, der von den Rauenberger Zigarrenfabriken die größte Zahl Arbeiter beschäftigt, wurde der Arbeitsmarkt erheblich entlastet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. März Geld	12. März Brief	11. März Geld	11. März Brief
Amsterdam 100 G.	168.25	168.59	168.24	168.58
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.20	112.42
Italien . . 100 L.	21.985	22.025	21.98	22.02
London . . 1 Pfd.	20.391	20.431	20.383	20.423
New-York . 1 D.	4.1965	4.2045	4.1960	4.2040
Paris . . . 100 Fr.	16.421	16.461	16.422	16.462
Schweiz . . 100 Fr.	80.735	80.895	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	58.97	59.09
Prag . . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.429	12.449

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Preisbindung der Süddeutschen Mühlenvereinigung aufgehoben. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat beschlossen, die Preisbindung in der bisherigen Form aufzuheben.

Kehler Hafenverkehr. Im abgelaufenen Monat Februar sind 200 Schiffe mit 60 491 Tonnen Ladung im Kehler Rheinhafen eingelaufen. In der gleichen Zeit sind 204 Schiffe mit 13 363 Tonnen Ladung abgegangen. Der Gesamtumschlagsverkehr betrug also 404 Schiffe mit 73 833 Tonnen Ladung und blieb damit um 60 Schiffe mit 31 001 Tonnen Zugang und 58 Schiffen mit 6754 Tonnen Ladung Abgang hinter dem Verkehr des Vormonats zurück, eine Folge des zum Teil zu niederen, zum Teil wieder zu hohen Wasserstandes.

Eine Rheinreederei unter holländischer Flagge. Wie aus **Bochum** gemeldet wird, hat die Rheinschiffahrtsfirma **Hansen, Neuerburg & Co.** ihrem Personal eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, wonach die Fahrzeuge der Firma ab 1. April 1931 einer Amsterdamer Firma zur Beschäftigung übertragen werden. Dieser Gesellschaft wird u. a. auch die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegen. Die Firma Hansen, Neuerburg & Co. übt bis auf weiteres nur eine Verwaltungstätigkeit aus. Die Arbeitnehmer sollen sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden erklären, ab 1. April zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitstarifes weiterzuarbeiten. Das Arbeitsverhältnis bei der Firma Hansen, Neuerburg & Co. gilt mit dem 31. März 1931 als beendet.

Abschluß der Leipziger Messe. Die große Technische Messe und Baumesse in Leipzig ist am Mittwoch zu Ende gegangen, womit die gesamte Frühjahrsmesse ihren Abschluß gefunden hat. Über den wirtschaftlichen Erfolg der Technischen Messe und Baumesse für die Aussteller und Besucher ist zu sagen, **daß in hohem Maße gefragt und gekauft** worden ist, und daß im Durchschnitt die Messe **über alle Erwartungen gut,** im Verhältnis zur Wirtschaftslage, sogar ausgezeichnet war.

Eine französische Daimler-Benz-Gesellschaft. Die Société Diesel-Rapides, welche die Verwertung der Daimler-Benz-Patente für Dieselmotore in Frankreich bezweckt, ist nunmehr in **Paris** endgültig gegründet worden. Die Gesellschaft verfügt über 3 Mill. Fr. Aktienkapital, das ohne Generalversammlungsbeschluß auf 10 Mill. Fr. erhöht werden kann. Eine kapitalmäßige Beteiligung der deutschen Gesellschaft scheint nicht zu bestehen. Die Gesellschaft hat das ausschließliche Fabrikationsrecht für **Daimler-Benz-Dieselmotoren** für Frankreich und die französischen Kolonien erworben.

Insolvenz einer französischen Bankengruppe. Die Bankengruppe, die die in Schwierigkeiten geratene **französische Luftpostgesellschaft „Aero postale"** finanziert hat, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Gruppe besteht aus dem Crédit foncier du brésil, der Caisse commerciale et industrielle de Paris und der Banque Bouilloux — Lafont-Frères et Jay.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In **Hagsfeld** bei Karlsruhe wurde der von der Bürgerlichen Vereinigung aufgestellte Kandidat Julius **Gerhardt** mit 30 Stimmen gewählt. Der soz.-dem. Kandidat erhielt 16 Stimmen, der Kommunist 9 Stimmen.

Zurückgestelltes Projekt in Bruchsal. Ein altes und für die Verkehrssicherheit dringendes Objekt, die Überführung der Eisenbahnlinie an der Forster Landstraße, an deren Stelle schon mehrere schwere Unglücksfälle vorgekommen sind, muß leider zurückgestellt werden, da der Reichsbahn die hierzu notwendigen Mittel fehlen. Die Pläne sind schon lange fertig und weisen einen Voranschlag von 400 000 RM. auf, fast ausschließlich für Erdarbeiten.

Wertschaffende Erwerbslosenfürsorge. Die Gemeinde **Östringen** (Amt Bruchsal) plant zur Beschäftigung der Erwerbslosen eine gemeinnützige große Feldarbeit. An 50 Hektar im südlichen Gemarkungsteil sollen durch Feldbereinigung mit Wegführung (über 4 Kilometer) versehen werden und das 20 Hektar große Allmendfeld als Ödland drainiert werden, um fruchtbares Gelände zu schaffen.

Defizitetat in Neustadt. Die Gemeindeverwaltung Neustadt rechnet für den Haushalt für 1931/32 mit einem Mindererlös von 40 000 RM aus dem Gemeindewald und von 20 000 RM aus der Überweisungssteuer, also mit einem Defizit von 60 000 RM.

Die Anfechtung der Gemeindewahlen in Pfullendorf. Durch die Freie bürgerl. Vereinigung waren in Pfullendorf die Gemeindewahlen vom 16. November 1930 angefochten worden. Obwohl der Bezirksrat für den Bezirk Pfullendorf in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1930 die Wahl für gültig erklärt hatte, wurde von den Beschwerdeführern die nächste Instanz, der **Verwaltungsgerichtshof** in Karlsruhe, angerufen. Auch dieser hat nun in seiner Sitzung vom 3. März in allen Punkten die Anfechtung kostenfällig abgewiesen. Nach dieser Entscheidung ist zu erwarten, daß auch die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen für den Bezirk Pfullendorf durch den Kreiskommissär von Konstanz im Verwaltungswege für gültig erklärt werden.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Singen ergeben sich durch eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der letzten Quartale für 1929 und 1930 ganz **bedeutende Einsparungen in Auswirkung der Notverordnung.** Diese Summe aber wird durch geringere Beitragseinnahmen aufgezehrt, so daß sogar ein ungedeckter Betrag entsteht. Dieser Betrag wird sich voraussichtlich im ersten Quartal 1931 noch erhöhen, da verschiedene Versichertengruppen von der Bezahlung der Krankenscheingebühr und der Arzneikostenanteile befreit sind. Zu diesem kommt noch eine Beitragssenkung von 6 Proz. ab 1. November 1930.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhes Fremdenverkehr

Im Jahre 1930 besuchten über 140 000 (genau 140 507) Fremde die Stadt Karlsruhe. Mit diesem Ergebnis hat auch das vergangene Jahr die **aufsteigende Linie** des Karlsruher Fremdenverkehrs eingehalten. Es ist besser, als alle seine Vorgänger, z. B. gegenüber 1929 um 16 000 Besucher, gegenüber 1928 um 25 000, gegenüber 1924 um 46 000 und gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 10 000 Besucher.

Der **reichsdeutsche** Verkehr umfaßte 127 315 Fremde, das sind 90,61 Proz. aller; gegenüber den beiden Vorjahren bedeutet das eine kleine Steigerung um 0,2 Proz. Der **Ausländerverkehr,** dessen Anteil am Gesamtverkehr dem Steigen des Reichsverkehrs entsprechend gesunken ist, nämlich von 9,6 Proz. im Jahre 1929 auf 9,4 Proz., brachte 13 192 Ausländer hierher, das sind 1222 mehr als im Vorjahr. Mit dieser Steigerung hat auch das letzte Jahr wieder bestätigt, daß seit dem Tiefstand 1923 der Ausländerbesuch von Jahr zu Jahr zunimmt. Die meisten Ausländer kamen wieder aus Österreich, nämlich 3096, dann aus der Schweiz: 2139, Holland: 1424, den „Vereinigten Staaten": 1397, England: 917 und aus Frankreich 869. Das übrige Ausland brachte 3350 Fremde nach Karlsruhe. Insgesamt sind von allen Unterkunftsstätten 235 695 Übernachtungen gemeldet worden. Das ergibt, berechnet auf einen Fremden, einen Aufenthalt von 1,68 Tagen.

Wenn nun auch das Verkehrsjahr 1930 für Karlsruhe recht günstig erscheint, weil es sowohl eine namhafte Steigerung des reichsdeutschen wie des Ausländerverkehrs brachte, so hat sich dieser zahlenmäßige Aufschwung finanziell nicht im gleichen Maße ausgewirkt, weil der Fremdenstrom in noch höherem Grade, als er stieg, in die „Herbergen" floß. Damit kann vor allem das Hotelgewerbe nicht zufrieden sein. Der Hotelverkehr hat von seiner Gästezahl im Jahre 1929 0,85 Proz. eingebüßt, im Ausländerverkehr sogar 2,12 Proz.; dafür ist der Herbergsverkehr um 58 Proz., im Ausländerverkehr um 62,9 Proz. gewachsen.

Bürgersteuer. Vom Samstag, dem 14. bis Donnerstag, dem 19. März 1931, wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen erhoben, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben **T bis Z** (Taubenstraße bis Zollstraße) wohnen.

60 Kraftwagen im Schnee festgefahren. Durch den starken Westwind am Mittwoch traten in der Rastatter Straße etwa 200 Meter südlich des Ortsausganges Rüppurr, starke Schneeverwehungen in den Abendstunden ein. Gegen 20 Uhr hatten sich an dieser Stelle etwa 60 Kraftfahrzeuge festgefahren. Der von der Polizeiwache Rüppurr zu Hilfe gerufene städtische Schneepflug blieb ebenfalls im Schnee stecken und konnte nichts ausrichten. Zur Freimachung der Straße mußte eine Abteilung Polizei eingesetzt werden. Der Fahrzeugverkehr Ettlingen—Rüppurr mußte über Durlach umgeleitet werden.

Schwerer Unglücksfall bei einem Trainingsspiel. Im Verlaufe eines am Mittwoch in Karlsruhe auf dem KFV.-Platz ausgetragenen Trainingsspiels der deutschen Fußball-Ländermannschaft kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Stürmer und dem Regensburger Torwart **Jakob,** wobei letzterer das Gleichgewicht verlor und so schwer auf den Hinterkopf stürzte, daß er einen **schweren Schädelbruch** davontrug. Er wurde sofort ins Krankenhaus verbracht und dort operiert. Trotzdem besteht Lebensgefahr.

Bericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die Zufuhr maritimer Polarluft aus dem nordwesteuropäischen Hochdruckgebiet hat uns bei lebhaften Westwinden Milderung der Kälte und nach vorübergehender Aufheiterung wieder leichte Schneefälle gebracht. Ein Teil des Hochdrucks schiebt sich jetzt von England nach dem Festlande vor, so daß mit allmählicher Besserung gerechnet werden kann. Einzelne Schneefälle sind aber zunächst noch zu erwarten. **Voraussage:** Zeitweise aufheiternd, aber noch unbeständig und einzelne leichte Schneefälle. Allmählich abflauende Winde, tiefere Lagen Nachtfröste.

Wasserstände: Waldshut 290 minus 6, Basel 105 minus 10, Schusterinsel 167 minus 13, Kehl 322 minus 16, Maxau 514 minus 16, Mannheim 450 minus 25, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Folgen des Schneefalls

DZ. **Ettlingen,** 12. März. Auf der Straße **Völkersbach—Ettlingen** mußte heute früh der erste abgehende **Autoomnibus** bei Schöllbronn wieder umkehren, da die Straße vollständig vom Schnee verweht und **unbefahrbar** ist, trotzdem sie gestern mittag vom Schnee befreit worden war. — Wie wir erfahren, wird der Betrieb zunächst durch Pendelbetrieb aufrechterhalten.

DZ. **Gernsbach,** 12. März. Seit Dienstag sind wieder 15 Zentimeter **Neuschnee** hinzugekommen und auf den Höhen unserer Berge kommt man nur noch mit Skis durch. Die Verkehrsstockungen vermehren sich. Geradezu ungeheuerlich sind die Schneemassen im Gebiet des Kaltenbronnen, der Badener Höhe und der Hornisgrinde. Wenn nicht durchgreifende Hilfsmaßnahmen getroffen werden, ist mit großen Verlusten in den **Wildbeständen** zu rechnen. Hunger und Ermattung treiben sie in die Nähe der Menschen, die gerne diesen Wintergästen Aufnahme gewähren. Übel daran ist natürlich die Vogelwelt.

bld. **Vom Feldberg,** 12. März. Die oft auftauchende Frage, ob der **Schwarzwald** bei reichen Schneefällen, wie sie in der letzten Zeit zu verzeichnen sind, **lawinengefährlich** werden könne, darf **verneint** werden. Es kann wohl vorkommen, daß einige Wächtenteile, besonders bei Tauwetter, abbrechen und in die Tiefe gehen, oder daß es an besonders steilen Hängen, Zastler, Baldenweger Buck usw. sich kleine Schneerutsche ereignen. Etwas, was im Hochgebirge unter Lawinen oder Schneebrettern zu verstehen ist, kennen wir im Schwarzwald nicht. Die Steilhänge sind aufgeforstet oder in anderer Weise gesichert im Gegensatz zu früherer Zeit, wo an diesen Stellen sich ernsthafte Unglücksfälle ereigneten.

DZ. **Lörrach,** 11. März. In **Weil** wurde ein **langgesuchtes Verbrecherpaar** festgenommen. Es handelt sich um den in Täbingen (O.-A. Rottweil) geborenen Eugen **Mattes,** der von etwa 10 deutschen Staatsanwaltschaften wegen der verschiedensten Vergehen gesucht wird, so wegen Autodiebstahls, Schaufenstereinbrüche, Betrügereien u. ä. Nach der Verhaftung machte er einen Fluchtversuch. Es wurde auch die mit dem Verbrecher zusammenlebende Emilie Gerstel, eine geschiedene Frau aus Kaiserslautern, festgenommen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Aufnahme in die badischen Aufbauschulen.

Um die Möglichkeit zu schaffen, gut begabte Kinder vom Lande oder aus sozial schwächeren Schichten in höhere Berufe hinüberzuführen, wurden im Laufe der letzten Jahre in Baden vier Aufbauschulen mit Internat errichtet, und zwar in Ettlingen, Lahr, Tauberbischofsheim und Villingen.

In den Aufbauoberrealschulen Lahr und Tauberbischofsheim wird der Unterricht nach dem Lehrplan der Oberrealschulen, in den Aufbaurealprogymnasien Ettlingen und Villingen nach dem Lehrplan der Realgymnasien erteilt.

Bedingung für die Zulassung zur Aufnahmeprüfung ist der Nachweis des erfolgreichen Besuchs des 6. Schuljahres der Volksschule. Gesuche um Aufnahme in die genannten Anstalten sind, um eine rechtzeitige Platzbeschaffung im Internat durchführen zu können, spätestens bis 31. März 1931 bei den Direktionen der Anstalten einzureichen.

Karlsruhe, den 9. März 1931.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:
Dr. Remmele.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums
Wasser- und Straßenbaudirektion

Planmäßig angestellt:
Straßenwärter Wilhelm **Feger** in Oberwolfach.

Versetzt:
Obergeometer Ewald **Rüttenauer** in Tauberbischofsheim zur Wasser- und Straßenbaudirektion nach Karlsruhe.

In den Ruhestand treten kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:
Straßenoberbaumeister Daniel **Straulling** in Neckarbischofsheim, die Straßenwärter Christian **Ehrismann** in Mühlhausen, Amt Pforzheim, und Vinzens **Größlein** in Tauberbischofsheim.

Gestorben:
Obergeometer a. D. Ferdinand **Blank** in Staufen, am 28. Januar 1931, und Straßenwärter a. D. Johann **Weißhaar** in Konstanz-Allmannsdorf, am 30. Januar 1931.

Zur Konfirmation
empfehle lebendfrisches
Mastgeflügel
Poularden, Hahnen, Hühner, 1931er Gänse und Enten.
Rheinsalm — Silberlachs — Heilbutt — Zander — Rotzungen.
Echt russisch. Caviar, Gansleberpastete
Schwedenplatt., Fleisch- u. Käseplatten
Salatschüsseln Fischmayonnaisen in bekannt feinster Ausführung.
Obst- u. Gemüse-Konserven
Frische Ananas Stück **3,50**
Trauben, Tafeläpfel, Birnen, Ital. Blut- und Jaffa-Orangen, Pampelmusen, Bananen, Chicoree, Tomaten, Maltakartoffeln.
Ferner frisch eintreffend:
Cabliau ℔ **27/30** Rpf
Goldbarschfilet, Cabliaufilet, Stockfische, Holländ. Schellfische und Cabliau.
Räucherwaren, Marinaden
Billige Wurstwaren
in bekannt guter Qualität L.28
HANS KISSEL
Tel. 186 und 187. Lieferung frei Haus.

Bürgersteuer.
Vom **Samstag, dem 14. bis Donnerstag, dem 19. März 1931** wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen eingezogen, die in den Straßen mit dem
Anfangsbuchstaben T bis Z
(Taubenstraße bis Zollstraße) wohnen. L.27
Einzugsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Köchlin).
Kassenstunden: Nur von 8—12 Uhr.
Stadthauptkasse.

Badisches Landestheater
Freitag, den 13. März 1931
Volksbühne:
Märzvorstellung
Der Mann, den sein Gewissen trieb
Schauspiel von Rostand
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Frauendorfer, Genter, Dahlen, O. Kienscherf, Luther, Prüter, Schulze
Anfang 20 Ende nach 22
Preise A (0,70—5 RM)
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten
Sa. 14. 3. Sylvia kauft sich einen Mann. So. 15. 3. Nachm.: Das Nachtlager in Granada. Abds.: Carmen. Im Kzths.: Das Konto X.

Oeffentliche Sparkasse der Gemeinde Graben

Geschäftsbericht für das Jahr 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
Gebäude	17 653,73	Spareinlagen	1 952 270,50
Hypotheken	1 088 190,—	Giroeinlagen	48 644,63
Staatspapiere	630,—	Aufwertungseinlagen	649 360,94
Darlehen a. Gemeinde usw.	191 500,—	Sonderrücklage	25 000,—
Grundstücksaufgelder	73 960,—	Rücklagen früherer Jahre	154 362,09
Schuldscheindarlehen	775 430,—	Reingewinn	26 665,62
Guthaben bei d. Girozentr.	91 182,44		
Guthaben b. Postscheckamt	13 963,06		
Aufwertungsforderungen	240 339,45		
Einnahmerückstände	61 864,78		
Kassenvorrat	16 225,21		
Aufwertungs-Abrechnungskonto	285 364,11		
Gerätschaften	1.—		
	2 856 303,78		2 856 303,78

Berechnung der Rücklage

Rücklagen früherer Jahre	154 362,09 RM
Reingewinn 1930	26 665,62 RM
Reinvermögen am 31. Dezember 1930	181 027,71 RM
Reservefonds = 8% a. 2 000 915,13 RM	160 073,20 RM
Rest: Verfügbarer Überschuß	20 954,51 RM

Graben, den 10. März 1931. R.342

Der Verwaltungsrat.

Druck G. Braun, Karlsruhe.